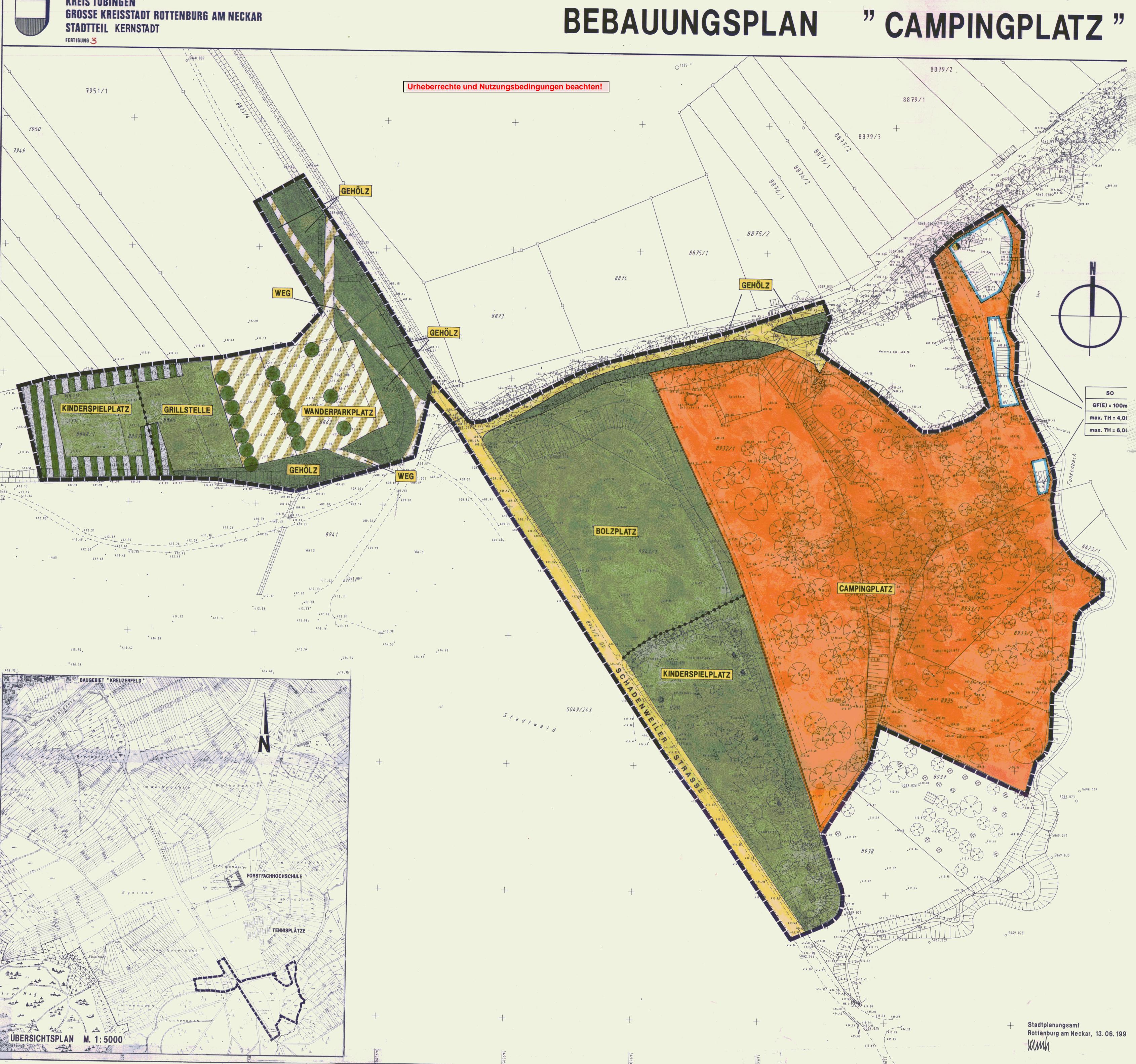
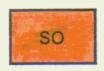
KREIS TÜBINGEN GROSSE KREISSTADT ROTTENBURG AM NECKAR STADTTEIL KERNSTADT FERTIGUNG 3 7951/1



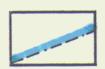
ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN



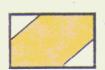
Sondergebiet "Campingplatzgebiet" § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 10 BauNVO



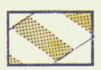
Höchstzulässige Grundfläche des Einzelgebäudes § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 + 19 BauNVO



Baugrenze § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO



Verkehrsflächen § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung Zweckbestimmung: Wanderparkplatz, Weg § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB



Fläche für Versorgungsanlagen Zweckbestimmung: Elektrizität § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB



Öffentliche Grünfläche Zweckbestimmung: Bolzplatz, Kinderspielplatz, Grillstelle § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB



Private Grünfläche Zweckbestimmung: Gehölz § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB



Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB



Umgrenzung von Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans § 9 Abs. 7 BauGB

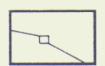


Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen § 16 BauNVO

SONSTIGE PLANZEICHEN



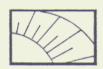
vorhandene Bebauung



vorhandene Grundstücksgrenzen



vorhandene Bäume



vorhandene Böschung



Erschließungswege im Campingplatz

NUTZUNGSSCHABLONE

SO

 $GF(E) = 100m^2$

max. TH = 4,00

max. FH = 6,00

Gebietsart

zulässige Grundfläche

maximale Traufhöhe maximale Firsthöhe

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBI. N. 64/86, Teil I S.2253), geändert durch Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz, Inv-WoBauLG) vom 22.04.1993 (BGBI. I S. 466), durch Art. 2 Magnetschwebebahnplanungsgesetz vom 23.11.1994 (BGBI. I S. 3486)

Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch (BauGB-MaßnahmenG) i.d.F. vom 28.04.1993 (BGBl. I, S. 622)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) i.d.F. vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 133)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (PlanzV 90) i.d.F. vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991, S. 58)

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) i.d.F. vom 08.08.1995 (GBI. S. 617)

Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions- und Wohnbaulandgesetz, InvWoBauLG) vom 22.04.1993 (BGBI. I, S. 466)

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten alle bisherigen planungs- und bauordnungsrechtlichen Vorschriften im Geltungsbereich außer Kraft.

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.1 Sondergebiet "Campingplatzgebiet" § 10 BauNVO

Das Sondergebiet "Campingplatzgebiet" dient zu Zwecken der Erholung

- der Errichtung und Unterhaltung von ca. 80 Standplätzen zum vorübergehenden Aufstellen mobiler Freizeitunterkünfte und Zelte sowie für die Unterbringung von Anlagen und Einrichtungen zur Versorgung und zum Betrieb des Campingplatzes sowie

für sportliche sowie sonstige Freizeitzwecke, die das Freizeitwohnen nicht

wesentlich stören.

Zulässig sind:

1. Zelte, Wohnwagen, Wohnmobile und andere bewegliche Unterkünfte,

- 2. Vorzelte im Zusammenhang mit Wohnwagen oder Wohnmobilen, die nicht selbständig zum Freizeitwohnen genutzt werden können und jederzeit ortsveränderlich sind,
- Anlagen für die Verwaltung des Campingplatzes sowie seinen ordnungsgemäßen Betrieb wie Stellplätze, Brandschutzeinrichtungen, Anlagen für die Versorgung mit Trinkwasser, Wascheinrichtungen, Geschirrspül- und Wäscheeinrichtungen, Toilettenanlagen sowie Anlagen für Abwasser und feste Abfallstoffe.
- 4. Anlagen und Einrichtungen für sportliche Zwecke und für die sonstige Freizeitgestaltung.

Ausnahmsweise zugelassen werden können:

1. eine feste Unterkunft für den Platzhalter oder Platzwart oder eine andere Aufsichtsperson sowie

2. ein zur Deckung des täglichen Bedarfs des Campingplatzes erforderlicher

Laden und eine Schank- und Speisewirtschaft.

Nicht zulässig sind Anlagen, die dem Wohnen dienen.

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Das Maß der baulichen Nutzung ist durch Planeintrag der höchstzulässigen Grundfläche je Gebäude i.V.m. der Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt.

2.1 Höhe der baulichen Anlagen § 18 BauNVO

Höhenlage § 9 Abs. 2 BauGB

Die Höhe baulicher Anlagen ist durch die Angabe der höchstzulässigen Traufund Firsthöhe festgesetzt. Höhenbezugspunkt ist das vorhandene Gelände in der Mitte der talseitig orientierten Gebäudeseite.

- 2.2 Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen § 16 und § 19 BauNVO Die Größe der Grundfläche der baulichen Anlagen beträgt je Einzelgebäude höchstens 100 m²
- 3. Überbaubare Grundstücksfläche § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO

 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind in der Planzeichnung durch Baugrenzen festgesetzt.

4. Öffentliche Grünflächen § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
Die festgesetzten öffentlichen Grünflächen dienen im Osten des
Geltungsbereiches der Unterbringung des vorhandenen Bolzplatzes sowie des

vorhandenen Kinderspielplatzes und im Westen der Herstellung eines weiteren

Kinderspielplatzes sowie von Grillstellen.

Anlagen für sportliche Zwecke wie der Bolzplatz sowie Anlagen für die sonstige Freizeitgestaltung wie Spielgeräte, dem Kinderspiel oder den Grillstellen dienende Hütten, Fußballtore o.ä. sind zulässig.

- 5. Private Grünfläche § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

 Die festgesetzten privaten Grünflächen "Gehölz" nehmen vorhandene Gehölzstrukturen im Geltungsbereich auf.
- 6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20

Bodenschutz

Die Aufstellflächen für Zelte, Wohnwagen, Wohnmobile sowie Vorzelte i.V.m. Wohnwagen und Wohnmobilen, Fußwege, Fahrwege und Stellplätze sind in wasserdurchlässiger Weise (mit Rasengittersteinen, Pflaster- oder Schotterrasen) auszuführen.

Gewässerschutz

Bauliche Anlagen wie Zäune und Gebäude müssen einen Mindestabstand von 5 m zum im nordöstlichen Bereich des Plangebietes verlaufenden "Funkenbach" aufweisen.

7. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

7.1 Im Bereich des "Wanderparkplatzes" sind "Anpflanzungen" zur Gliederung der Stellplätze festgesetzt. Diese Anpflanzungen sind mit heimischen standortgerechten hochstämmigen Laubbäumen vorzunehmen.

- 7.2 Die festgesetzte "Fläche für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern" dient der Einbindung des Kinderspielplatzes und der Grillstellen in die umgebende Landschaft. Die Anpflanzungen sind mit heimischen standortgerechten Sträuchern sowie heimischen standortgerechten hochstämmigen Obst- und Laubbäumen vorzunehmen.
- 8. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB Im Geltungsbereich dieses Bebauungplanes sind die anzupflanzenden sowie die vorhandenen Bäume und Sträucher dauerhaft zu erhalten. Abgängige Bäume und Sträucher sind entweder durch gleiche Arten oder durch andere heimische standortgerechte Arten zu ersetzen.
- II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 74 LBO
- 1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen § 74 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 5 LBO
- 1.1 Fassadengestaltung Die Fassaden der Gebäude sind zu verputzen oder mit Holz zu verkleiden.
- 1.2 Dachgestaltung Die D\u00e4cher der Geb\u00e4ude sind als gleichseitig geneigte Satteld\u00e4cher oder Pultd\u00e4cher auszuf\u00fchren. Sie sind zu begr\u00fcnen oder mit rottonigen Dachsteinen bzw. Ziegeln zu decken.
- 1.3 Niederspannungsfreileitungen Das Führen von Niederspannungsfreileitungen ist unzulässig.
- 1.4 Parabolantennen
 Parabolantennen sind farblich dem Hintergrund anzupassen.
- Gestaltung der unbebauten Flächen und deren Einfriedungen § 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO

2.1 Einfriedungen

Im Bereich des Sondergebietes "Campingplatzgebiet" sind am Rande Einfriedungen als Hecken, Zäune oder Zäune mit Heckenhinterpflanzungen bis zu einer Höhe von 2,0 m zulässig. Im Bereich der Standplätze sind Einfriedigungen unzulässig.

HINWEISE

1. Bodendenkmalpflege

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes können bisher unbekannte Funde und Fundplätze entdeckt werden. Diese sind unverzüglich dem Landesdenkmalamt, Außenstelle Tübingen anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zu 4 Werktagen nach Meldung in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Untere Denkmalschutzbehörde eine Verkürzung dieser Frist zustimmt.

2. Ordnungswidrigkeiten

Bei der Ausführung der baulichen Anlagen und Außenanlagen sind die Festsetzungen des Bebauungsplanes einzuhalten. Wer einer nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Bindung für Bepflanzungen und für deren Erhaltung dadurch zuwiderhandelt, daß diese beseitigt oder wesentlich beeinträchtigt werden, handelt ordnungswidrig i.S.d. § 213 Abs. 1 Nr. 3 BauGB. Ordnungswidrig handelt auch derjenige/diejenige, die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO zuwiderhandelt.

3. Altablagerungen

Die Ablagerungen "Funkenbach" (Objekt-Nr. 00087) und "Lauberbühl" (Objekt-Nr. 00088) mit Einstufung laut Altlastenkataster als Handlungsbedarf "A" (sehr geringes Gefährdungspotential, Geländeauffüllung mit Bauschutt und Erdaushub) befinden sich innerhalb des Geltungsbereichs. Eine Kennzeichnung im Plan erfolgt nicht.

ROTTENBURG AM NECKAR - KERNSTADT **BEBAUUNGSPLAN** "CAMPINGPLATZ"

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Stadt Rottenburg am Neckar hat am 26.04.1994 beschlossen, den Bebauungsplan gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen und eine Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Dieser Beschluß wurde am 18.12.1995 ortsüblich bekanntgemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Auslegung vom 27, 12, 1995 - 12, 01, 1996

AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB am 25,06,1996 Bebauungsplanentwurf und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Fassung vom 25.06.1996 von 09.07.1996 bis 08.08.1996 TOT in der Fassung vom

öffentlich ausgelegen.

Rottenburg am Neckar, den 09.08.1996

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB vom Gemeinderat der Großen als Satzung be-Kreisstadt Rottenburg am Neckar am 24.06.1997 schlossen.

Maßgebend ist der Lageplan M 1 : 500 mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in der Fassung vom 13.06.1997 sowie die Begründung in der Fassung vom 12.06.1997 / 24.06.1997

Die ordnungsgemäße Durchtungung des Verfahrens wird bestätigt.
Rottenburg am Neckar oden 20,06 1997 Rottenburg am Neckartinden

des Stadtplanungsamtes

Der Bebauungsplan wurde gem. § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen angezeigt. Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom abgeschlossen. Nr. 22 - 32 / 2511.2 - 1 - 004 / 98 18. 02. 1998

AUSFERTIGUNG

Rottenburg am Neckar

Bürgermeister

INKRAFTTRETEN Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gem. § 12 BauGB am ortsüblich bekanntgemacht.

Mit dieser Dekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverhindlich.

Rottenburg am Neckar, den 09.03.1998